

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Ersteinst wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 77 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachste, Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gebühreneinendung auf Postcheck. Alfred Niebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. Main

Die Frankfurter Bundestagung trat zusammen in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise, und die Aufgabe, die den aus allen Teilen des Reiches herbeigekommenen Delegierten gestellt war, erforderte ein hohes Maß von Verantwortlichkeit und Pflichterfüllung. Galt es doch, Mittel und Wege zu finden, um auch in der momentanen Periode des wirtschaftlichen Niederganges die Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe zu sichern und die geplante Beseitigung der Sozialgesetzgebung abzuwehren. Schon bei Eröffnung der Tagung wandte sich

der Bundesvorsitzende Th. Leipart

gegen die Tendenz der Reichsregierung, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte zu erzielen. Leipart erinnerte daran, daß einst im Jahre 1863 auf dem ersten Arbeiterkongress in Frankfurt am Main Ferdinand Lassalle das geflügelte Wort von der „verdamnten Bedürfnislosigkeit“ der deutschen Arbeiter prägte. Es habe jetzt den Anschein, als wenn die letzten sieben Jahrzehnte ausgeblüht werden sollten, um die Arbeiter wieder in den Zustand vom Jahre 1863 zurückzuführen. Die bedrohliche Lage der Arbeiterschaft erfordere es, daß der Kongress die Dinge, wie sie heute liegen, klar erkenne und zu den Maßnahmen der Regierung Stellung nimmt.

Die Mitverantwortung der Gewerkschaften für den gegenwärtigen, durch die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer hervorgerufenen Zustand lehnt Leipart ab. Die Arbeiter werden die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen. Die Verhandlungen des Kongresses werden eine ernste Warnung und Mahnung an die Regierung und die Unternehmer geben. Der Glaube, daß man den Arbeitern noch mehr zumuten könne an Entbehrungen, könne sich bitter rächen. Die kampferprobte Arbeiterschaft werde den Kampf zu führen wissen.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

verteilte in einer längeren Rede die Stellung der Regierung. Dabei führte er unter anderem aus: „Als Arbeitsminister habe ich in den letzten Jahren den Arbeitern allerlei zumuten müssen. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, daß, wenn einer der übrigen gegenwärtig an meiner Stelle stände, er eine wesentlich andere Politik auch nicht hätte machen können.“ Für die wichtigsten Aufgaben, die besonders die Arbeiterbewegung entscheidend beeinflussen müssen, hält Stegerwald: 1. die Befreiung Europas; 2. die Rettung der Weltwirtschaftsstandteile des demokratischen Staates über die gegenwärtige große Krise hinweg und 3. wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Solange die gegenwärtige Reichsregierung am Ruder sei, werde für die Arbeitslosen das denkbar Mögliche geschehen und der Kern der deutschen Sozialversicherung erhalten werden. Eine gesetzliche Abänderung des Schlichtungswezens sei zur Zeit nicht beabsichtigt. Sehr zurückhaltend behandelte Stegerwald die Arbeitszeittfrage. Wohl gebe es Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich sei, doch bedeute die 40-Stunden-Arbeitswoche für viele Betriebe eine ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erschwerung der Ausfuhr. Scharf wendet sich Stegerwald gegen den stark ausgeblühten Verwaltungsapparat in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft. Er sagte unter anderem: „Ich

tenne eine Anzahl industrieller Großbetriebe, deren Gehaltskonto für die Angestellten sehr viel höher ist als das Lohnkonto derer, die in der Produktion tätig sind. In Notzeiten, wie sie die Gegenwart und die nächste Zukunft darstellen, sind Gehälter von 300 000 M. und mehr ein Volksvergnügen und zeugen von einer unverantwortlichen Einstellung... Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Löhne und Gehälter das Allheilmittel für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ansieht, lehne ich nachdrücklich ab.“

In seinem

Rechenschaftsbericht

erhob Leipart gegen die Reichsregierung den Vorwurf, daß sie, um den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, die Parole der allgemeinen Lohnsenkung in ihr Regierungsprogramm aufnahm und ihren starken Einfluß auf die staatlichen Schlichtungsorgane gegen die Gewerkschaften einlegte. Dadurch ist, statt der Wirtschaft zu helfen, die Krise ganz erheblich verschärft und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrt worden. Die Reichsregierung hat, trotz Ermächtigung durch die Notverordnung, einen wirklich ernsten Schritt zu einer allgemeinen gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit nicht getan. Der Kongress bringt mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck, daß er in der Verkürzung der Arbeitszeit das sofort wirksame Mittel erblickt, die jetzige Zahl der Arbeitslosen zu verringern und weitere neue Entlassungen zu verhindern. Leipart warnt vor dem Gedanken, daß infolge des allgemeinen Arbeitsmangels eine mehrjährige Berufsausbildung ihren Sinn verloren habe. In wenigen Jahren werde wieder die normale Zahl Jugendlicher nach Lehr- und Arbeitsstellen suchen, das heißt, es werden doppelt soviel wie gegenwärtig benötigt werden. Deshalb müsse schon heute in höherem Maße als bisher von den Großbetrieben die Pflicht der Nachwuchsausbildung erfüllt werden. Der von dem Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ferien für die Jugendlichen ist bisher nicht entsprochen worden. Nicht minder beschämend ist für die deutsche Sozialpolitik, daß noch immer die Nachtarbeit Jugendlicher zulässig ist. Die große Reformbedürftigkeit des bestehenden Hausarbeitsgesetzes hat den Bundesvorstand veranlaßt, in Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Lohnregelung für die Heimarbeiter auf eine andere Grundlage stellt, nämlich die jetzt fakultative Einrichtung zur Festsetzung gesetzlicher Mindestlöhne zu einer obligatorischen machen und die heute den Fachauschüssen zustehenden Befugnisse zur Lohnregelung den amtlichen Schlichtungsstellen übertragen soll. Unsere Vorschläge sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Ebenso auch der Vorschlag, über die Arbeitsausgabe auf die Arbeitszeit der Heimarbeiter anzuwirken.

Unbeachtet sind unsere Ansprüche geblieben, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten tätig mitzuwirken. Anscheinend glaubt die Reichsregierung, auf die Dauer einen der wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe Deutschlands ausschalten zu können. Ja, es scheint tatsächlich so, als ob die Reichsregierung ohne und gar gegen die Arbeiterschaft zu regieren gedenkt. Leipart hält eine organisatorische Reform und Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Auf dem Gebiete des Wohnungswezens

hat sich auch unsere Wohnungsfürsorgegesellschaft rege beteiligt. Darüber hinaus hat sich der Bundesvorstand wiederholt für die Förderung der Bauwirtschaft eingesetzt. Aufs schärfste abzulehnen ist die Absicht der Hausbesitzerorganisationen, mit der jetzigen Hauszinssteuerreform die Befreiung des Mieterschutzes zu verbinden. Scharf wendet sich der Berichterstatter gegen die Zersplitterungsbestrebungen der kommunistischen Partei. Das Experiment der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, eigene Organisationen aufzuziehen und die kommunistischen Anhänger in der RSD. zu sammeln, darf als völlig fehlerhaft bezeichnet werden. Am Ende seiner Ausführungen kommt Leipart auf die internationale Lage zu sprechen. Die Gewerkschaften sind die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und im hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft erheben wir die Forderung, daß während des Freijahres ein Weg gesucht und gefunden wird, um eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage fußende Regelung der Reparationen herbeizuführen.

In der nun einfindigen Aussprache herrschte völlige Einmütigkeit über die Wege und Ziele der Gewerkschaftspolitik in der Krise. Um so heftiger wurde der Reichsarbeitsminister und noch stärker der Reichsernährungsminister Schiele angegriffen. Zwei Frauen, Elise Kiewiera vom Textilarbeiterverband und Gertrud Hanna vom Bundesvorstand schilderten eindringlich die Gefahren, die durch die Notverordnungen und Senkung des Lebenshaltungsniveaus bei Jugendlichen, bei Frauen und bei erwerbslosen Ehepaaren entstanden sind. Schleicher vom Holzarbeiterverband wandte sich eindringlich gegen die kurzen Schiedssprüche und erklärte die Hilfe des Reiches gegen den Lohnabbau für völlig ungenügend.

Die vom Bundesvorstand zum Geschäftsbericht vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das Referat zu Punkt 3 der Tagesordnung über: „Die Umwälzungen der Wirtschaft und die Vierzigstundenswoche“ hatte Professor Dr. Emil Lederer, Heidelberg, übernommen. Der Redner gab eine tiefgehende Schilderung der Vorgänge in kapitalistischen Produktions- und Warenverteilungsprozessen. Wir haben in der gegenwärtigen Krise eine anormale Lebertapazität, die jede Industrie abschrecken muß, neue Anlagen zu machen. Lederer glaubt, daß auch nach der Leberwindung der gegenwärtigen Krise mit einer völligen Auffaugung der Arbeitslosen nicht zu rechnen ist. Gelting es den Gewerkschaften, die 40-Stunden-Woche durchzusetzen, so erwacht ihnen daraus die Aufgabe, ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, diese Freizeit entsprechend anzuwenden, das heißt also, diese Freizeit zu einem wichtigen und neuen Schritt in der Emanzipationsbewegung des Proletariats zu machen. Wir müssen anstreben, eine Freilegung der persönlichen Kräfte durch den technischen Fortschritt, und das kann die Wirkung einer verkürzten Arbeitszeit sein.

An der Aussprache über den Vortrag beteiligten sich namhafte Vertreter der großen Industrie- und Bauerngruppen. Bernhard vom Baugewerksbund, Reichel von den Metallarbeitern, der Textilarbeiter Schüller, Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, und eine Reihe anderer Redner wandten

sich gegen die Widerstände, die jeder Verkürzung der Arbeitszeit entgegengestellt werden, und verlangten sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche.

In seinem Schlusswort ging Lederer noch einmal eingehend auf Kürzung der Arbeitswoche ein. Die vorhandene Arbeitsmenge mit erheblichen Opfern für den einzelnen aufzuteilen, sei nach Ansicht vieler Unternehmer — keine Sozialität — durchführbar von heute auf morgen. Aber die Regierung behandle diese Frage mit völliger Apathie, und die große Zahl der Unternehmer stehe dieser Lösung feindselig gegenüber, und deshalb traut sich auch die Regierung nicht an die Frage heran. Für die Unternehmer ist meist nur die Frage gegeben, wie lange die Maschinen arbeiten. Um so wichtiger ist es, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern die weiteste Öffentlichkeit sich mit dieser Frage einer neuen Volksgemeinschaft beschäftigen.

Nach Lederers Schlusswort wurde die Resolution des Bundesvorstandes angenommen, die förmlich eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung fordert.

Ueber

„Öffentliche und private Wirtschaft“

sprach Genosse Otto Brauer, der Oberbürgermeister der Arbeiterstadt Altona. Sein Referat war eine leidenschaftliche Abwehr der unberechtigten Angriffe auf die kommunale Wirtschaft. Nachdem Brauer Punkt für Punkt die Scheingründe des Privatkapitalismus im Kampfe gegen die öffentliche Wirtschaft unterlegt und widerlegt hatte, ging er zum lebhaften Gegenangriff über. Die maßlose Begeisterung der öffentlichen Wirtschaft darf einen politischen Hintergrund. Man will diejenigen Schichten, die durch das allgemeine Wahlrecht zu politischem Einfluß gekommen sind, auch weiterhin in wirtschaftlicher Ohnmacht erhalten und von der Wirtschaftsführung ausschließen. Darüber müsse man sich im Klaren sein, daß jetzt nicht nur die öffentlichen Betriebe, sondern die gesamte Selbstverwaltung in Gefahr sei. Wenn wir aber den demokratischen Volksrat errichten wollen, dann ist die Vorbedingung dafür die restlose Erhaltung der Selbstverwaltung.

An der Aussprache über das Referat beteiligten sich Vertreter der Gewerkschaften, die besonders eng mit der öffentlichen Wirtschaft verbunden sind. Gefordert wurde der gesetzliche Schutz der öffentlichen Wirtschaft vor Zugriffen der Privatwirtschaft. In seinem Schlusswort bezeichnete Brauer die Debatte als eine wertvolle Ergänzung seines Referates. Es darf kein Sonderrecht für die hausbesten geschaffen werden. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht zum Mandarientum zurückführen darf, sondern vorwärts zum demokratischen Volksstaat. Angenommen wird zu diesem Tagesordnungspunkt eine Entschließung des Bundesvorstandes und ein Antrag des Vorstandes vom Baugewerksbund.

Zum Thema

„Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“

sprach der Bundessekretär Clemens Körper. Er betonte, daß die Träger des kollektiven Arbeitsrechts die Gewerkschaften sind. Neuerdings möchte man Arbeitergewerkschaften und Unternehmerkassette gleichstellen. Das ist aber objektiv unmöglich. Die Unternehmer wollen den Markt beherrschen; bei den Gewerkschaften ist vom Profitstreben keine Rede, wenn sie um die Lebensessenz der Arbeiterschaft kämpfen. Wir wollen keine Sonderrechte für einzelne Arbeitergruppen. Der heutige Zustand, die Parität im Arbeitsrecht, bedeutet Gleichstellung der Wirtschaftsmacht mit der Arbeitskraft, das heißt Gleichstellung der wenigen Unternehmer mit 20 Millionen Arbeiter. Das ist die Schwäche des kollektiven Arbeitsrechts. Im weiteren Verlauf seines Vortrags beleuchtete Körper die noch unvollkommene Anwendung des kollektiven Arbeitsrechts, die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden und formulierte dann die Forderungen der Gewerkschaften für eine soziale Rechtsprechung. Er vertritt dabei die Ansicht, daß die Schaffung eines endgültigen Tarifvertragesgesetzes in der gegenwärtigen Zeit der Schwankungen wenig Aussicht auf vollkommene Arbeit hätte. Die Einbrüche in laufende Tarifverträge durch Notverordnungen müssen die Gewerkschaften veranlassen, die schnelle Zurücknahme der betreffenden Bestimmungen in der Notverordnung zu verlangen! Unter stürmischem Beifall des ganzen Kongresses dankt Körper den Betriebsräten für ihre schwere, sozialfördernde Arbeit.

Nach diesem Referat folgte eine sehr lebhaft ausgesprochene, an deren Schluß eine Resolution des Bundesvorstandes einstimmige Annahme fand.

Die Neuwahl des Bundesvorstandes

ergab einige Veränderungen. Die Genossen A. Knoll und H. Kube treten zurück, weil beide schon das 65. Lebensjahr überschritten haben und jüngeren Kräften Platz machen wollten. Auch H. Müller, der bis zum nächsten Kongress die Altersgrenze überschritten haben würde, hat freiwillig auf die Wiederwahl als dritter Vorsitzender verzichtet. An seine

Stelle wurde der bisherige Bundessekretär Eggert gewählt. Weiter wurden die Genossen Schlimme und Spliedt als Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt. In der Wahl der Vorgesitzten erfolgte eine kleine Veränderung dadurch, daß an Stelle des Landarbeiters G. Schmidt Otto Becker vom Gesamtverband gewählt wurde.

Ein großer Teil unserer Verbandskollegen dürfte den Bericht und die gefaßten Beschlüsse bereits aus der Tagespresse erhalten haben. Auf einige für unsere Mitgliedschaft besonders wichtige Fragen und Entschlüsse werden wir noch zurückkommen. Besonders empfehlen wir allen, das in kurzer Zeit erscheinende Protokoll des Frankfurter Gewerkschaftskongresses recht genau zu studieren, da es eine Fundgrube vorzüglichen Materials für jeden Gewerkschaftler bringen dürfte.

Der Gewerkschaftskongress hat allen denkenden Arbeitern gezeigt, wo die Urheber der unglücklichen Wirtschaftslage zu finden sind. In seinem anfeuernden Schlusswort sagte Alwin Brandes, der Leiter des Kongresses, u. a.:

„Der Kongress hat das betrübliche Spiel zerissen und die Schuld der kapitalistischen Wirtschaftsführer schonungslos aufgedeckt, desgleichen die Schuld der Regierung, die es nicht wagt, ernsthaft gegen die kapitalistische Mißwirtschaft vorzugehen.“

Denen aber, die allein die Gewerkschaftsführer für alle Schäden der Krise verantwortlich machen, sagt Brandes: „Die Zeiten sind schwer, und die Gewerkschaften können in diesen Zeiten keine Riesenerfolge buchen. Sie müßten sogar einige Positionen aufgeben. Sie haben aber trotzdem Leistungen aufzuweisen, die erst eine spätere Zeit gebührend würdigen wird. Den Arbeitern zu helfen, ist unsere Aufgabe.“

Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, den Widerstand gegen die anstürmende Reaktion zu härten, um die Attentate gegen die Existenz der Arbeiterschaft abzuwehren.

Die Fahrt des 14. Gewerkschaftskongresses zum Rhein.

Einem Wunsch der Mainzer Genossen nachkommend, war ursprünglich geplant, den Gewerkschaftskongress in Mainz abzuhalten. Es stellte sich jedoch heraus, daß kein geeignetes Lokal vorhanden war. So war man übereingekommen, am Donnerstag, dem 3. September, an einer großen Gewerkschaftskundgebung in der Mainzer Stadthalle teilzunehmen. Diese Massenkundgebung, die um 7 Uhr abends begann, wird allen Kongressmitgliedern unvergesslich bleiben. Die riesige Halle, geschmückt mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter rauschendem Jubel der Anwesenden hielt die sozialistische und die gewerkschaftliche Jugend ihren Einzug. Ihr folgte das Reichsbanner, die Partei- und Gewerkschaftsfahnen und die langen Reihen der Arbeiterportier- und Sportlerinnen. Ein Massenchor der Arbeiterfänger sang zwei Sturmlieder.

Wilhelm Thomas, Mainz, begrüßte die Delegierten aus allen Teilen der deutschen Republik. Staatspräsident Dr. Brüning erbot den Gästen im Namen der heftigen Regierung herzlichsten Gruß und Willkommen, nicht nur als Staatspräsident, sondern auch als Gewerkschaftscollega, der über 36 Jahre ununterbrochen in seiner Gewerkschaft organisiert ist. Beide Redner betonten besonders, daß Mainz im belebten Gebiet die lange Befreiungszeit schwer empfunden habe. Wir wollen heute zum Ausdruck bringen den Verdingungswillen der deutschen Arbeiterschaft. Bürgermeister Dr. Kraus überbrachte die Grüße der Stadt.

Stürmisch begrüßt wurde Genosse Jouhaux, Paris, der Führer der französischen Gewerkschaften, der ausführte, daß der Rhein für die Arbeiter keine Trennungslinie, sondern ein einigendes Band bedeute. Die Arbeiter an beiden Ufern des Rheins haben nur einen gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, und nur eine Hoffnung; seine Überwindung.

Peter Großmann überbrachte als zweiter Bundesvorsitzender die Grüße des Kongresses, Schevenels, der Generalsekretär des IGB, den Gruß der internationalen Gewerkschaften.

Theodor Leipart dankt mit bewegten Worten der Mainzer Arbeiterschaft für diese große Kundgebung. Wir wollen allen Widerständen und Hemmungen zum Trotz unser Ziel fest im Auge behalten: die Befreiung der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt!

Mit einem Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß die Kundgebung. Stehend sangen die Versammlungsteilnehmer die „Internationale“. Noch lange wird diese erhebende Kundgebung in den Herzen derer fortleben, die an dieser Befreiungsfest der Proletarier teilnehmen durften.

Erfolg der Leipziger Messe?

Der Ausgang der Leipziger Messe in den letzten Jahren hatte wohl selten jemand bedröht. Eine Belebung der Beschäftigung fand durch sie kaum statt, wobei natürlich die allgemeine Wirtschaftslage zu berücksichtigen war. Jedenfalls konnte man gespannt sein, ob die Herbstmesse im Zeichen der Notverordnungen, Banktrache usw. sich durchsetzen und die alte Anziehungskraft weiter ausüben würde.

Nach den Pressemeldungen zu urteilen, dürfte das Geschäft nicht schlecht gewesen sein. Soweit Lederwaren, Sportartikel und Möbel in Frage kommen, wird im allgemeinen optimistisch geurteilt. Wir lassen einige Äußerungen hier folgen, bemerken jedoch, daß diese noch m a ß h e n d der Messe gebracht wurden und die Fachleute erst nach der Messe feststellen können, ob sie lohnend war.

Die „Allgemeine Lederwaren-Zeitung“, das Organ des Bundes Deutscher Lederwarenfabrikanten, bringt Äußerungen verschiedener Fabrikanten. Danach ist das Geschäft ruhiger gewesen als auf der Herbstmesse 1930. Die Damaligenbranche hat am besten abgesehen, andere Kleinlederwaren lagen ruhiger. Dem Koffergeschäft gibt die Zeitung das Prädikat „mangelhaft und sehr still“.

„Die Lederindustrie“, das Organ der Lederhersteller, schreibt über den zweiten Tag, daß „Lederwaren Umsätze zu verzeichnen hatten, wie sie selbst in früheren Jahren an einzelnen Tagen nur selten vorkamen“. Die Kofferindustrie sei in der Lage gewesen, „recht gute Verkäufe zu tätigen“. In Gebörten seien ganz ansehnliche Umsätze erzielt worden. Sportartikel wären weniger gefragt gewesen, hätten aber am dritten Tage von der allgemeinen Kaufkraft ebenfalls profitiert. Die Lederwarenindustrie hätte an diesem Tage ebenfalls wieder eine Reihe Aufträge erhalten. „Die Lederindustrie“ stellt fest, daß „von einem unbefriedigenden Verlauf der Messe für die Lederwarenindustrie nicht gesprochen werden könne; das Geschäft sich nicht nur e t w a s, sondern wesentlich besser angefallen habe und die Erwartungen der Aussteller größtenteils angenehm enttäuscht worden seien“.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt von einem hoffnungsvollen Beginn der Messe. Die Möbelmesse ist erheblich erweitert und das Geschäft setzte sich ein. Vom dritten Tag wird berichtet, daß das Geschäft in Reiseartikeln mäßig sei; hingegen sei man auf der Möbelmesse sehr zufrieden.

Der „Vorwärts“ spricht von „einem Refordgeschäft auf der Möbelmesse. Gutes Geschäft dürfte weiter in Lederwaren und Sportartikeln gemacht worden sein“.

Die Messe währte vom 30. August bis 3. September und war von 6793 (1930: 7263) Ausstellern besucht, davon Lederwaren und Reiseartikel 236. Die Berichte über unsere Branchen sind günstig. Hoffen wir, daß sie den Tatsachen entsprechen. Wir wollen jedoch nicht unerwähnt lassen, daß das „Berliner Tageblatt“ den Verlauf der Messe als G a n z e s so charakterisiert: Eine Messe der Vorsicht und des knappen Geschäfts.

Arbeit und Wille.

Der Fleiß des schaffenden Menschen allein macht es nicht. Denn Fleiß ist Gleichmäßigkeit, Stetigkeit. Was aber zum Menschen gehört, das ist das S t r e b e n, das Leberlichinauswollen, die Freude an der eigenen Kraft. Die aber wird nie erlebt nur durch Fleiß.

Darum ist der fleißige Schüler noch nicht der Schüler, der geistig wirklich wächst. Will er wachsen nicht nur an Wissen, sondern auch an Persönlichkeitsreife und geistiger Kraft, dann muß er zugleich den Willen zur Arbeit haben. Nur der Wille gibt auch dem Fleiß seinen ethischen Charakter und damit seinen echten geistigen Wert.

Mit Recht wird darum auf den großen erzieherischen Wert des modernen Arbeitsunterrichtes hingewiesen, weil in ihm der freie wollende Mensch bei seinem geistigen Schaffen tätig ist. Und wenn der moderne Pädagoge die Erfolge des Arbeitsunterrichtes feststellt, so ist dieser Erfolg zurückzuführen auf die Durchlebung der Arbeit mit einem freien Willen im neuzeitlichen Schulunterricht.

Damit steht die freie reine Arbeit auch im wirtschaftlichen Schaffenleben den reinen, echten Willen voraus. In Freude müssen Menschen an ihrem Werte schaffen. Wenn wir da sprechen von der inneren Verbundenheit mit dem Werte, die nötig sei, so ist das diese Möglichkeit des Arbeitswillens, diese Möglichkeit, durch freies Wollen zu wachsen an Leistungskraft.

Im Kapitalismus wird der Mensch mehr und mehr zur Maschine erniedrigt. Die Mechanisierung hat aber ihre Grenze am schöpferischen Willen des Menschen, der seine Freude am Werte verspüren muß. Dann allein ist die ethische Arbeit, dann allein auch die volle höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Arbeitsleben, wenn der Mensch in einer neuen Ordnung freier Arbeit bei seinem Schaffen stets beglückt und frei einsetzt — sich selbst. Dr. G. H.

Die Ortsausschüsse des ADGB. im Jahre 1930.

Entwicklung, Tätigkeit und Einrichtungen.

1930 betrug die Zahl der Ortsausschüsse 1288, und damit 8 mehr als im Vorjahre (1280). An der Statistik sind davon 1216 beteiligt. Gegenüber 1929 ist die Zahl der berichtenden Ortsausschüsse um 17 gestiegen. Die Verbände sind den Ortsausschüssen mit ihren Ortsverwaltungen in 12.259 Fällen angeschlossen. Infolge Verschmelzung einiger Verbände ging die Zahl gegen 1929 um 348 Fälle zurück. Den vom Bericht erfaßten Ortsausschüssen sind insgesamt 4.128.065 Gewerkschaftsmitglieder (gegen 4.240.368 im Vorjahre) angeschlossen. Die restlose Erfassung aller Gewerkschaftsmitglieder in den Ortsausschüssen ist nicht möglich. Besonders in ländlichen Gemeinden ist die organisatorische Erfassung der verstreut wohnenden Einzelmitglieder nicht durchführbar. Bemerkenswert an der in der Verbandsstatistik ermittelten Gesamtmitgliederzahl der im ADGB. vereinigten Gewerkschaften wurden von den Ortsausschüssen berichtet 87,5 Proz. erfaßt. Berücksichtigt man, daß von je 100 Ortsausschüssen nur 94 einen Bericht einbrachten, so ist die Differenz genügend gefüllt. Geordnet nach vier Größenklassen ergibt sich im Umfang der Ortsausschüsse nach den Mitgliederzahlen folgendes Bild:

So hatten Mitglieder	1929		1930	
	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl
bis 1000	602	55,2	293	671
1001 — 5000	392	32,7	868	205
5001 — 25000	118	9,8	1158	827
über 25000	27	2,3	1919	665
			682	58,9
			382	31,4
			116	9,5
			26	2,2
			294	128
			314	848
			115	139
			2	183

Die Zahl der Ortsausschüsse bis zu 1000 Mitgliedern ist um 1,7 Proz. gestiegen. In allen anderen Gruppen ist ein leichter Rückgang eingetreten. Er beträgt in der Gruppe 1001 bis 5000 1,3 Proz., in der Gruppe 5001 bis 25000 0,3 Proz. und in der Gruppe über 25000 0,1 Proz.

Die Aufgaben der Ortsausschüsse regelt die Bundesstatut. Neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder am Ort ist die Rechtsberatung als eine ihrer Hauptaufgaben zu betrachten. Zu diesem Zweck werden Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen unterhalten. Die Zahl der Arbeitersekretariate, die von rechtskundigen Angestellten verwaltet werden, betrug (wie im Vorjahre) 128. Davon waren 16 Bezirksarbeitersekretariate, deren Tätigkeit sich über mehrere Ortsauschüßbereiche erstreckt. Den 121 eingelaufenen Berichten ist zu entnehmen, daß die Arbeitersekretariate im Jahre 1930 von 607.244 (oder 62.451 Personen mehr als 1929) in Anspruch genommen wurden. Die gewaltige Zunahme ist auf die schlechte Wirtschaftslage und die sich daraus ergebenden Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Die Zahl der erteilten Rechtsauskünfte betrug 603.515. Schriftsätze wurden 214.119 angefertigt und in 35.794 Fällen die persönliche Vertretung vor Gerichten und Behörden geleistet.

Nebenamtlich vermalte Rechtsberatungsstellen wurden im Berichtsjahr von 423 Ortsausschüssen unterhalten, die 155.155 Rechtsauskünfte erteilten und 92.275 Schriftsätze anfertigten. Gegenüber dem Vorjahre ist auch hier eine Zunahme von 52.140 bzw. 41.650 zu verzeichnen.

In der Tätigkeit der Ortsausschüsse spielt auch die Bildungsarbeit eine bedeutende Rolle. Von 1026 Ortsausschüssen wurden 6743 Veranlassungen veranstaltet, die sich mit wirtschaftlichen, sozialpolitischen oder gewerkschaftlichen Fragen beschäftigten. Allgemeine Veranlassungen mit Bildungsvorträgen, mit oder ohne Lichtbild, veranstalteten 793 Ortsausschüsse in 4431 Fällen. Die Zahl der Bildungsture betrug für Gewerkschaftsfunktionäre 479, für Betriebsräte 247, für Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte 588, und solche, die allen Mitgliedern zugänglich waren, 603, insgesamt 1887.

Gewerkschaftshäuser wurden von den Ortsausschüssen 187 unterhalten (1929: 150). An Einrichtungen sind darin vorhanden: 125 Büros, 144 Restaurants, 146 Veranlassungsfäle, 30 Herbergen und 48 Hotels. Eigentum der Ortsausschüsse waren im Berichtsjahr 142 Miet- oder Pachtträume 25 Gewerkschaftshäuser.

Die Ortsausschüsse beschäftigten Ende 1930 396 Angestellte, darunter 132 Hilfskräfte. Davon waren in den Arbeitersekretariaten 142 Sekretäre und 85 Hilfskräfte tätig. In 47 Ortsausschüssen sind 85 Angestellte für Gewerkschaftsbüro und Arbeitersekretariat tätig.

Einnahmen und Ausgaben.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden von Beiträgen der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten. In der Regel werden sie pro Mitglied festgesetzt und betragen 40 Pf. bis 1,80 Mk. pro Jahr. Wie sich die Beitragshöhe im Vergleich zum Vorjahre gestaltet, zeigt nachstehende Uebersicht:

Beitragshöhe pro Mitglied und Jahr	1929			1930		
	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl	n. S.	Ortsauschüsse	Mitgliederzahl	n. S.
bis 60	519	1 076 609	25,4	501	1 007 071	24,4
61—120	476	1 603 336	37,9	502	1 329 652	32,2
über 120	193	1 556 025	36,7	209	1 790 263	43,4

Die Gesamteinnahmen der 1216 berichtenden Ortsausschüsse betragen 4,4 Millionen Mark. Davon entfielen auf Beiträge 3,4 und auf sonstige Einnahmen 1 Million Mark. Die Beitragseinnahmen pro Mitglied und Jahr beliefen sich auf 82 Pf. gegen 83 Pf. im Vorjahre.

Die Gesamtausgaben beziffern sich auf 4,5 Millionen Mark und verteilen sich auf die einzelnen Positionen wie folgt: Agitation 0,3 Millionen Mark, Gewerkschaftshäuser (einschließlich Zuschüsse) 0,2 Millionen Mark, Rechtsberatung 1,1 Millionen Mark, Bildungszwecke 0,7 Millionen Mark, Verwaltung 1,0 Millionen Mark, Bezirksauschüßbeiträge 0,3 Millionen Mark und Sonstiges (einschließlich Baufonds) 0,8 Millionen Mark.

Das Jahrbuch des ADGB., ausgerüstet mit einer Fülle statistischen Materials, gibt über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1930 ausführlich Auskunft. In diesem Wert wird über die gesamte Tätigkeit des ADGB. eingehend berichtet.

Die Arbeitsgerichte im Jahre 1930.

Die Zahl der Arbeitsgerichte ist im Jahre 1930 gegenüber dem vorhergehenden Jahr von 527 auf 462, und die Zahl der Landesarbeitsgerichte von 80 auf 64 zurückgegangen. Dieser Rückgang beruht darauf, daß in Bayern im Laufe des Jahres 1929 65 Arbeitsgerichte und 16 Landesarbeitsgerichte aufgehoben wurden. Bei den Arbeitsgerichten waren 438.449 Rechtsstreitigkeiten im Urteilsverfahren anhängig. Davon entfielen auf allgemeine Arbeiterstreitigkeiten 277.022 gleich 63,2 Proz., auf Angestelltenstreitigkeiten 123.552 gleich 28,2 Proz. und auf Handwerksstreitigkeiten 37.875 gleich 8,6 Proz. Die meisten Streitigkeiten (400.345 oder 91,3 Proz.) ergaben sich aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- und Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen.

Die im Urteilsverfahren anhängigen und zu Ende geführten Streitigkeiten fanden Erledigung durch Vergleich im Güterverfahren 93.826 (25,5 Proz.), Vergleich im streitigen Verfahren 50.045 (12,5 Proz.), Vergleich im Sinne des § 306 der Zivilprozeßordnung 878 (0,2 Proz.), Anerkennnis 11.794 (3,0 Proz.), Zurücknahme der Klage 89.913 (22,5 Proz.), Versäumnisurteil 44.161 (11,1 Proz.), anderes Endurteil 75.122 (18,8 Proz.) und Erledigung auf andere Weise 33.703 (8,4 Proz.). Auf 100 Streitige Endurteile entfielen im Jahre 328 gütliche Erledigungen.

Der Zeitraum, in dem die durch streitiges Endurteil erledigten Verfahren durchgeführt wurden, hat sich wiederum etwas verlängert. Der durchschnittliche Wert der Streitgegenstände hat zugenommen. Diese Steigerung dürfte zum Teil auf das verhältnismäßig starke Anwachsen der Angestelltenstreitigkeiten zurückzuführen sein.

Wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreites wurde die Verurteilung im Jahre 1930 in 4672 Sachen für zulässig erklärt, obwohl der Streitwert unter der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze lag. Im Beschlußverfahren waren 1930 insgesamt 3968 Fälle anhängig gegen 3247 im Vorjahre; hier ist also eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen. Die Zahl der Fälle, bei denen es sich um die Erlegung der Zustimmung von Betriebsvertretungen zur Kündigung oder Veretzung ihrer Mitglieder handelte, hat gegenüber dem Vorjahre außerordentlich stark, nämlich von 960 auf 1708 zugenommen. Es folgten 1385 (1296) Fälle, welche die Errichtung, Zusammenfassung und Tätigkeit von Betriebsvertretungen und aus Wahlen zu ihnen betrafen.

Rund ein Drittel der Gesamtzahl der Arbeitsgerichte (153) wurden im Beschlußverfahren nicht in Anspruch genommen, 1 bis 50 Fälle erledigten 295, 51 bis 200 erledigten 13, und mehr als 200 Fälle wurden von einem Arbeitsgericht erledigt.

Bei den Landesarbeitsgerichten waren 20.042 Berufungen im Urteilsverfahren anhängig. Im Beschluß- (Rechtsbeschwerde-) Verfahren gegen die das Verfahren beendenden Beschlüsse der Arbeitsgerichte wurden die Landesarbeitsgerichte in 441 Fällen in Anspruch genommen. Hier von wurden 356 durch Sachbescheid und 66 auf andere Weise beendet, während 19 Sachen nicht erledigt wurden. Die Zahl der Beschwerden hat sich von 1877 im Vorjahre auf 1804 vermindert.

Beim Reichsarbeitsgericht waren im Berichtsjahr im Urteilsverfahren 953 Revisionen anhängig. Beendet wurden insgesamt 613 Revisionen. Der überwiegende Teil aller Streitigkeiten (748) gelangte in den Revisionsrechtszug nur, weil die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreites von den Landesarbeitsgerichten zugelassen war. Sprungrevisionen gemäß § 76 ArbGG. gegen

Urteile der Arbeitsgerichte — unter Umgehung der Berufungsverfahren — wurden im Berichtsjahr hier eingelegt.

Die Zahl der Revisionsbeschwerdenverfahren betrug 118. Hier von wurde einer durch Statgab, 97 durch Verwerfung und 17 auf andere Weise beendet, während drei Sachen unerledigt blieben. Im Beschluß- (Rechtsbeschwerde-) Verfahren erfolgten 92 Rechtsbeschwerden, von denen 65 durch Sachbescheid, 4 auf andere Weise erledigt wurden. Noch nicht abgeschlossen wurden 23 Verfahren.

Nähen von starkem Leder.

Frage: Beim Nähen von starkem Leder wird das Werkstück, obwohl es die Leistungen der Maschine keineswegs ungehörlich in Anspruch nimmt, beim Transportieren vom Nähfuß festgehalten. Diese Störung, die sich in bestimmten Zwischenräumen stetig wiederholt, hat als weitere Begleiterscheinung das zeitweise Stöckausfallen zur Folge. Am Mechanismus lassen sich trotz sorgfältiger Nachprüfung Mängel nicht feststellen. Durch Auswechslung des Drüders durch einen Rollfuß ist der Durchgang zwar verbessert worden, man hat aber beim Nähen immer noch das Gefühl, daß das Leder Reibung hat, an den Transportorganen mechanisch festzuhängen. Eine auffallende Klebrigkeit des Leders ist zwar nicht nachweisbar, eine Probe zeigt jedoch, daß ganz glattes Leder in gleicher Stärke unbehindert Durchgang findet. Da es sich um Massenartikel handelt, die aus der gleichen Lederrolle hergestellt werden müssen, erwächst die Frage, was man geschehen, um den Durchgang dieses Leders zu erleichtern, ohne die Gefahr einer Fliedenbildung zu schaffen.

Antwort: Wenn der Nähfuß das Leder beim Transportieren festhält, und den erforderlichen Durchgang verhindert, so kann dies verschiedene Ursachen haben. Ob die ungenügende Glätte des Leders hieran schuld ist, steht anscheinend nicht ohne weiteres fest; denn diese Annahme wäre nur dann begründet, wenn irgendeine Auflagerung, wie nicht völlig durchgetrocknete Appretur, vielleicht auch eine dünne Schicht Fett, wie dies beim Chromleder, fettigem Leder und bergleichen der Fall ist, die Ursache des Festhaltens am Drüderfuß bildet. Da aber in der Frage die Befürchtung der Fliedenbildung zum Ausdruck gebracht ist, handelt es sich wahrscheinlich um dünnes Leder, vielleicht auch um irgendeine Feinlederrolle. Das Aufstreichen eines Präparats dürfte dann kaum in Betracht kommen; denn dieses müßte ja entweder mit Öl oder Wasser verflüchtigt sein. In beiden Fällen bleibt die Möglichkeit der Fliedenbildung bestehen. Dem besten Erfolg verpflichtet kann die Trockenpulverung, aus Watte, einem weichen Filzabfall, Kohhaar und bergleichen wird ein Pulverbauch geformt und mit diesem Talkum (Federweiß) auf das Werkstück aufgedreht.

Wiel näher liegt jedoch die Vermutung, daß das unzulängliche Weiergleiten des Werkstückes auf eine kleine Störung im Mechanismus der Maschine zurückzuführen ist. Man beachtet den Gang des Schiffchens und sieht, ob dieses durch die Schlinge schlüpft, ohne diese zu spannen. Zu dieser Beobachtung muß man der Maschine entweder die entsprechende Reibung geben oder eine geeignete Lampe verwenden. Zwängt sich das Schiffchen mühsam durch die Schlinge, so wird man den Grund in der Regel leicht ausfindig machen. Die Ausgleichseder, die zwischen Oberfadenpannung und Anzugshebel wirkt, kann zu viel Hub oder auch zu straffe Spannung haben. Die reguläre Vorrichtung der Oberfadenpannung ist bei den verschiedenen Systemen verschieden. Vielfach ist sie um den Bolzen der Spannscheibe angeordnet und ragt in Form einer kleinen Dose hinter diesem vor. Will man zum Zwecke der Regulierung die Feder am Scheibenbolzen lösen, prüft man zunächst, in welcher Weise das Lösen und Regulieren tunlich ist, das erfordert immer Vorsicht. Man führt den Schraubenzieher in den Schlig, ohne daß die Reguliermutter auf dem Bolzen sitzt; da letztere durch den langen Schlig zu sehr geschwächt ist und den Druck des Schraubenziehers nicht aushalten kann.

Beim Nähen von schweren Lederteilen gerät die Nadelstange mitunter aus ihrer Lage. Bei älteren Nähmaschinen geht die Befestigungsschraube durch den Kurbelzapfen, so daß der Schraubenzieher durch ein am Hauptkörper angebrachtes Loch gesteckt werden muß. Der Transporteur oder Rollfuß muß auch zur Nadel eine genau eingerichtete Stellung haben, weil er sonst nicht nur unzulänglich transportiert, sondern mitunter sogar das Material zur Seite abdrückt. Ein einwandfreier Gang kann oft durch Verberung des Rollfußharnes geschaffen werden. Wenn sehr dickes Material genäht werden muß, muß in erster Linie Transporteur und Steppfuß den Anforderungen angepaßt werden, und zwar verwendet man einen extrabreiten Transporteur und auch dementsprechende Steppfüße mit extrabreiten Aufstapfblättern; der Transporteurhub wird etwas höher gehalten, entsprechend der Dicke des Materials; die Aufstapfblättern der Steppfüße darf hinter der Nadel nicht zu lang gehalten sein. Damit soll das Ausfallen von Stichen beim Uebergang des Materials von dick auf dünn verhindert werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Berlin. Mit den Innungen Groß-Berlin, Charlottenburg und Spandau wurde ein Abkommen getroffen, wonach die im Februar 1931 getätigte Vereinbarung mit monatlicher Kündigung und einer an der verlängert wurde. Der Tarifmindestlohn beträgt 1,30 Mark; für geübte Tapeziererinnen 0,85 Mark und für Matragnenarbeiterinnen 0,81 Mark. Gleichzeitig wurde ein neuer Spezial-Tariff für Kleber mit 36 Positionen vereinbart. Dieser hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1932 mit der Maßgabe, daß für die Höhe der Positionen der jeweilige Mindestlohn Grundlage ist.

Lebervaren.

Bezirk Kassel - Erfurt - Thüringen. In Leipzig fand am 3. September eine Verhandlung der Schlichtungskommission der 2. Instanz ihren Abschluß, in der der Tarifmindestlohn bis zum 31. Dezember 1931 auf 0,91 Mark festgelegt wurde.

Treibriemen.

Kelchendorf. Die stattgefundenen Verhandlungen endigten mit dem Ergebnis, daß der Tariflohn auf 0,88 Mark festgelegt wurde. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 31. Oktober 1931.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der am 5. Juni 1931 abgeschlossene Lohnvertrag der Leberwarenindustrie für den Bezirk Breslau-Görlitz-Schlesien ist mit Wirkung vom 1. August 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichkeit gilt im Umfange des § 1 des Manteltarifgesetzes und ist eingetragen am 28. August 1931 auf 8551 IId. Nr. 8 des Tarifregisters.

Nationalsozialisten und Gewerkschaften.

Der „N.S.-Korrespondenz“ entnehmen wir: Ueber den neuen Kurs der Hitler-Partei den Gewerkschaften gegenüber verraten die soeben von der Münchener Parteileitung als „streng vertraulich“ herausgegebenen „Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ folgendes:

„Für die Werbung ist die Kenntnis der nationalsozialistischen Einstellung zu den Gewerkschaften bedeutsam. Jeder Arbeiter und Angestellter kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den freigewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch jedoch muß er den Weg zur NSDAP. finden.“

Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen, und die Mitgliedschaften in den Gewerkschaften und der NSDAP. schließen sich nicht aus.

Die parteiamtliche Stellungnahme lautet: Die NSDAP. sieht in den nunmehr angeführten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren heutigen gewerkschaftlichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf die diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.

Im übrigen bietet das Verbleiben in den bestehenden Gewerkschaften, trotz der offensichtlichen Mängel, mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeitnehmer auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind.“

Arbeitslose als Ernteklaven.

Die Landbündler haben schon manche tolle Forderung gestellt. Die tollste dürfte jedoch die sein, zu der sich die Bezirksgruppenversammlung des Landbundes Borna in Sachsen verstanden hat. Es gelangte dort eine an die Adresse des Sächsischen Landbundes gerichtete Entschließung zur Annahme, in der es wörtlich heißt:

„Wir verlangen, daß die Erntefinanzierung nicht durch Kredite, sondern durch Stellung von billigen Entzehrern erreicht wird. Wir verlangen die Einführung einer Erntedienstpflicht für Arbeitslose.“

Zum Schluß der Entschließung wird der Leitung des Sächsischen Landbundes für den Fall des Nicht-eintrittens für die Forderung die Entziehung des Vertrauens angedroht.

Das Verlangen des Landbundes Borna ist nichts anderes als der Versuch, am Glend der Arbeitslosen zu profitieren. Sie sollen ihre Arbeitskraft zu einem Spottpreis zur Verfügung stellen, damit die Profitrate der Herren Landbündler eine möglichst hohe ist. Es fehlt nur noch, daß die gesetzliche Abschaffung aller Lohnzahlungen in der Landwirtschaft gefordert wird.

Die Forderungen des Landbundes Borna haben mit Vernunft nichts mehr zu tun. Sie sind ausge-

sprochene Phantastereien, um nicht zu sagen Wahnsinnsideen.

Wir können uns nicht denken, daß auch nur eine beherrschende Stelle geneigt ist, sich mit den Forderungen des Landbundes Sachsen näher zu beschäftigen. Sollte es dennoch geschehen, muß schon heute mit dem entschiedensten Widerstand der Landarbeiter und ihrer Organisationen gerechnet werden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Verbandsstag der Lithographen und Steindruckere in Erfurt. Vom 16. bis 19. August fand in Erfurt eine außerordentliche Tagung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere statt. Die Wirtschaftslage und die daraus hervorgegangene Arbeitslosigkeit hat die Finanzen des Verbandes sehr ungünstig beeinflusst. Dazu kommt, daß die Anzahl der unterstehenden Invaliden gestiegen ist von 433 zu Beginn des Jahres 1928 auf 715 Ende 1930. Anschließend an die Berichte über die Geschäftsführung und die Einwirkung der gegenwärtigen Lage auf die Lohn- und Vertragspolitik fand eine Entschließung einstimmige Annahme. Darin wird die bisherige Lohn- und Tarifpolitik gebilligt und von den verantwortlichen Körperlichkeiten des Verbandes erwartet, daß sie alle Verschlechterungen der Manteltarife und der Reallohne mit Energie bekämpfen. Verlangt wird die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden. Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, auf eine kollektive Festsetzung der Löhne hinzuwirken. Zu diesem Zweck soll der Ausbau und die Stärkung des Kampfgebots durchgeführt werden. Die gewaltige Anspannung der Verbandsfinanzen in den letzten drei Jahren macht es nötig, eine Neuordnung zu treffen, die den geänderten Verhältnissen gerecht wird. Bei aller Fürsorge für die in Not geratene Kollegenschaft dürfe der Kampfscharakter der Organisation nicht verloren gehen. Beschlossen wurde, den Wochenbeitrag von bisher 2,20 Mk. auf 2,40 Mk. zu erhöhen. Den Orten verbleiben davon 25 Pf. Die auf die Hauptkasse entfallenden 2,15 Mk. wurden folgendermaßen verteilt: 75 Pf. für die Gewerkschaftskasse, 45 Pf. für die Arbeitslosenkasse, 40 Pf. für die Krankenkasse und 55 Pf. für die Invalidenkasse. Weiter wurde beschlossen, daß jeder Unterstützungsbeitrag sich selbst tragen müsse. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat erhielten Vollmacht, Höhe und Dauer der einzelnen Unterstützungsleistungen vorübergehend zu ändern. Zur Bestreitung üblicher Ausgaben steht den Verwaltungsstellen das Recht zu, einen Ortszuschlag bis zu 30 Pf. zu erheben. Am Schluß der Generalversammlung wurde die bisherige Verbandsleitung einstimmig wiedergewählt.

Rundschau

Nationalisierung fördert die Arbeitslosigkeit. Die Schubergzeugung, dieser wichtige Produktionszweig der englischen Industriewirtschaft, wurde durch Einführung von arbeitssparenden Maschinen in den letzten Jahren einem durchgreifenden Nationalisierungsprozess unterzogen. Wie im Bericht der englischen Gewerkschaft der Schuhmacher festgestellt wird, betrug die englische Schuhproduktion im Jahre 1930, d. h. in einem Jahre stark verminderten Verbrauches, 115 Millionen Paar, das sind mindestens 30 Millionen Paar oder 35 Proz. mehr als im Jahre 1913. Diese stark erhöhte Produktion wurde mit einer erheblich verminderten Belegschaft hergestellt. Seit 1921 ist die Zahl der Schuharbeiter um 17 571 gesunken, sie betrug im Jahre 1930 noch 135 840.

In Argentinien beinahe Verdoppelung der Ausfuhrmenge bei vermindertem Ausfuhrerlös. Die Getreideausfuhr Argentiniens war in der ersten Hälfte des laufenden Jahres beinahe doppelt so groß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie stieg von 4,3 auf 8,3 Millionen Tonnen. Der Erlös aus der Getreideausfuhr blieb jedoch ungefähr derselbe wie vor einem Jahr. Die gesamte Ausfuhr Argentiniens stieg von 5,3 auf 9,1 Millionen Tonnen, der Ausfuhrerlös sank jedoch von 350 auf 330 Millionen Goldpesos. In der stark erhöhten Ausfuhr bei sinkenden Erlösen kommen sowohl die Anstrebungen der Agrarländer zur Steigerung ihrer Ausfuhr wie der gewaltige Preissturz auf dem Weltmarkt zum Ausdruck.

Standrecht in Texas zur Durchführung der Produktionsbeschränkung. Für die starke Steigerung der Desproduktion in den Vereinigten Staaten waren vornehmlich die neuen Ölquellen im Lande Texas verantwortlich, deren Ausbeutung die Wirkung der Produktionsbeschränkungen, die in Kalifornien und anderen Oelrevieren beschloffen und durchgeführt wurden, vereitelt hatte. In Texas wurde nun durch Gesetz eine starke Einschränkung der Produktion beschloffen. Der Beschluß hatte sofort die Steigerung der Rohölpreise um 5 Proz. zur Folge. Die Durchführung der Produktionsbeschränkung führt jedoch auf große Schwierigkeiten, da viele kleine Desprodu-

zenten den Vorschriften des Gesetzes keine Folge leisten. Die Zuwerberhandlenden können ihren nachbarn großen Schaden zufügen, da sie bei Aufrechterhaltung ihrer Delgewinnung das Öl von den Gruben ihrer Nachbarn ableiten. Zur Durchführung der Produktionseinschränkung wurde nun das Standrecht über Texas verhängt. Zur Verhinderung der Delgewinnung wurden die Delgruben von umfangreichen Truppenabteilungen besetzt.

Bücherchau

Einführung in die Gedankenwelt Josef Diegens. Von Dr. Max A. P. Verlag: J. S. B. Dieg Nachf., Berlin. 80 Seiten. Preis 80 Pf. Sozialdemokratische Lehr- und Lesebücher, Heft 5.

In der Reihe der „Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher“ ist eine Schrift aufgenommen, die der Biographie des von Marx als „unser Philosoph“ bezeichneten „Arbeiterphilosophen“ Josef Diegens gewidmet ist. In eine Einführung in die Lebens- und die geistige Welt Diegens' selbst beabsichtigt ist, so sind vor allem die Grundgedanken hervorgehoben und in Beziehung zu den philosophischen Fragen, namentlich zur materialistischen Weltanschauung gesetzt. Es zeigt sich, wie Diegens sich in selbständigen Denken einen eigenen Standpunkt erarbeitet hat, der der modernen sozialistischen Bewegung nahesteht. Die tiefgehenden Gedanken dieses biographischen Monographien-Werkes werden durch eine das Wichtigste zusammenfassende Darstellung und Erläuterung dem allgemeinen Verständnis nähergebracht.

Das September-Fest der Reichswehr. „Die Vögelersche“ ist besonders dem in Mexiko lebenden Schriftsteller B. Trazen gewidmet. Der Anlaß dazu ist das im 4. Quartal des Jahres erscheinende Buch von Trazen: „Regierung“. Außer dieser Neuerscheinung, die alle Vorgänge der Trazenischen Exilgesellschaft aufweist, bringt die Vögelersche Zeitung heraus: „Jahrbuch“, einen Estimo-Roman von Peter Freuden; „Wettrennen nach dem Glück“, Erzählungen von Max Barthel; „Nationalisierung - Fehrationalkonflikte“ (1. Band des Werkes Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg) von Otto Bauer. - Das vorliegende Fest der Reichswehr geht ausführlich auf die Neuerscheinungen ein und bringt Auszüge aus den kommenden Büchern. Alle in dem Fest veröffentlichten Bücher zu „Regierung“ wurden von B. Trazen persönlich in den Jahren 1920/21 aufgenommen, und zwar in jenen und unbekannteren Regionen, die den Schauplatz für das Buch „Regierung“ bilden. Diese Bücher werden zum erstenmal der europäischen Welt zugänglich gemacht. Neben nicht nur die Bücher, sondern auch die Objekte, die in diesen Bildern gezeigt werden, waren bis jetzt auf unserem Kontinent unbekannt.

Veranstaltung mit dem Bundesrat. Die wertvollste Erörterung der Arbeiterverfassung und des Schlagsanfalls. Von Dr. med. Friedrich Wolf. Mit 17 Bildern auf 400 Seiten. Preis nur 1,25 Mk. Soeben erschienen die Neuauflage: 25. Tausend, im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birtenwaldstr. 44.

Das Geheimnis des Bundes. Jeder sein eigenes Problem. Anleitung zum Gebrauch des fideleischen Bundes. Buch des Bundes, Prag, und Antwort-Fibel, Gellert, und Schiffs-Buch, Wien, mit Experimenten in Wort und Bild. Von Dr. Heinrich Wolf. Preis nur 1,25 Mk. Soeben erschienen im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birtenwaldstr. 44.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 7. September bis 13. September ist der 37. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Veranstaltungskalender

Lübeck. Die Mitgliederversammlung im Monat September fällt aus.

Wuppertal. Freitag den 18. September, abends 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Kollnerversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Adressenänderungen

Wülfrath. Dorf: Billi Ries, Post Wülfrath, Hugenhaus 74.

Sterbefälle

Berlin. Am 22. August 1931 starb unser Mitglied, der Sattler Kollege Christian Haal, Mitglied seit 1917, im Alter von 68 Jahren.

Am 28. August 1931 verstarb, 49 Jahre alt, unser Kollege Wilhelm Schade, Tapezierer, Mitglied seit 1907.

Mainz. Am 8. September starb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der invalide Sattlerkollege Adam Hejner, im Alter von 72 Jahren.

Offenbach/M. Am 26. August 1931 starb unser Mitglied, die Kollegin Frieda Spahn, im Alter von 19 Jahren.

Wuppertal. Am 31. August starb unser Kollege, der Polierer Gustav Piel, im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.